

Rede von Bürgermeister Suermann zur Einbringung des Haushaltsplans 2024 am 31.01.2024

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates, liebe Gäste, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bereits bei der Einbringung des letztjährigen Haushaltsplanes begründete ich die schlechtere Finanzlage mit der Energie-, Klima-, Flüchtlings-, Finanz- und Wirtschaftskrise und dem zunehmenden Facharbeitermangel.

Im Vergleich zu diesem Jahr klagte ich jedoch auf einem hohen Niveau.

Allein durch den Anstieg der Kreisumlage, die Tarifsteigerungen bei den Personalkosten und bei den Kosten des ÖPNV erwarten wir in diesem Jahr eine Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahr von rd. 1 Mio. Euro.

Die auf unsere Stadt allein bei diesen drei genannten Positionen zukommenden Mehrkosten – ich spreche nicht von den Gesamtkosten dieser Positionen, sondern wirklich nur vom Kostenanstieg - könnten nicht einmal durch eine Verdoppelung der Grundsteuerhebesätze aufgefangen werden. Das jährliche Defizit unseres Freizeithallenbades ist nicht halb so hoch.

Hieran wird deutlich, dass trotz bisheriger finanzieller Stabilität unserer Stadt gegen diese Kostensteigerungen nicht mehr angespart werden kann.

Wir alle waren vom Landrat eingeladen worden, uns die Gründe für diesen Anstieg erklären zu lassen. Sowohl der Landrat als auch der Präsident des Landschaftsverbandes legten dar, dass maßgebende Kostentreiber die Sozialausgaben sind. Städte und Gemeinden geben mittlerweile mehr als 70 Milliarden Euro jährlich für soziale

Leistungen aus - eine Verdoppelung seit 2005. Ein weiterer Anstieg sei absehbar.

Der DStGB geht davon aus, dass infolge notwendiger Einsparungen die Kommunen bei weitem nicht so ausreichend in Klimaschutz, Klimaanpassung, Energie- und Verkehrswende investieren können, wie es notwendig wäre – die tatsächlichen Investitionen werden angesichts steigender Preise sogar stetig abnehmen. Ursache für die absehbare Haushaltskrise seien die Ausgabensteigerungen durch die Inflation, steuerliche Einnahmeausfälle sowie die unzureichende Flüchtlingsfinanzierung.

Er rechnet vor, dass in diesem Jahr das Defizit der Kommunen von 6,4 Milliarden auf voraussichtlich zehn Milliarden Euro wachsen wird. Er fordert, auf allen staatlichen Ebenen Einsparungspotenziale auszuschöpfen und auf neue Leistungsversprechen zu verzichten.

Das Problem einer seit langem bestehenden und sich zunehmend verschärfenden strukturellen Unterfinanzierung der kommunalen Ebene ist dringend zu lösen. Wir brauchen sehr schnell Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Kommunalfinanzen. Daran kommen der Bund und das Land NRW nicht vorbei. Eine qualitativ und quantitativ hinreichende Daseinsvorsorge können wir Städte nur gewährleisten, wenn wir entsprechend finanziell ausgestattet werden. Eine bessere finanzielle Grundausstattung ist auch für die Demokratie vor Ort wichtig, damit wir im Rat und den Ausschüssen die reale Möglichkeit behalten, etwas Greifbares zu gestalten.

Seit vielen, vielen Jahren wissen wir, dass die durch den Klimawandel entstehenden Kosten horrend sein werden – wir haben ja schon jetzt hohe Kosten durch Klimafolgenanpassungsmaßnahmen und Klimafolgen, wie nach der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal, zu tragen. Es ist ernüchternd, dass wir Menschen es weltweit nicht schaffen – rechtzeitig die nötigen Maßnahmen zu ergreifen und

stattdessen viel höhere Kosten für die Schadensbeseitigung und -minimierung in der Zukunft in Kauf nehmen.

Wir retten in unserer kleinen Stadt die Welt nicht – genauso wie ein Fußballspieler alleine kein Spiel gewinnt. Er kann aber spielentscheidend sein, indem er andere durch seinen Einsatz mitreißt.

Ich bin daher froh, dass wir in Marienmünster schon seit Jahren in den Klimaschutz investiert haben, indem wir nach und nach unsere Gebäude energetisch saniert, die Straßenlampen auf LED umgestellt und E-Fahrzeuge für Bauhof, Wasserwerk und den Abwasserbereich beschafft haben, oder von Gas auf Holzhackschnitzel umgestiegen sind, sowie z.B. in PV-Anlagen investiert haben. Jetzt wollen wir eine Windkraftanlage anteilig finanzieren. Was die Ausnutzung von Sonnen- und Windenergie angeht, spielen wir im kommunalen Vergleich ohnehin schon jetzt ganz vorne mit. Im Bereich „Strom aus PV“ stehen wir nach Borgentreich (3.250 kWh/E/a) schon jetzt mit 3.249 kWh erzeugtem Strom aus Photovoltaik pro Jahr und Einwohner auf Platz zwei unter den Kommunen in ganz OWL. Zurzeit erstellen wir ein Wärmekonzept. Und wenn man sich ansieht, wie viel Geld wir mit den Maßnahmen sparen, können wir feststellen, dass sich Investitionen in den Klimaschutz wirtschaftlich rechnen.

Das zuletzt genannte kommunale Wärmekonzept ist aber auch ein Beispiel dafür, dass immer mehr Aufgaben auf uns Kommunen zukommen, oftmals ohne dafür einen finanziellen Ausgleich zu erhalten. Ich bin jetzt über 42 Jahre in der Kommunalverwaltung tätig, 32 Jahre davon in Marienmünster. Was innerhalb dieser Zeit an bürokratischen Hürden, Regularien und gänzlich neuen Aufgaben hinzugekommen sind, ist enorm. Beispielhaft nenne ich hier

- die Verschärfungen im Datenschutz, Arbeitsschutz, Denkmalschutz, Klimaschutz, Hochwasserschutz, Brandschutz,

Umweltschutz, Wasserschutz, Artenschutz und anderen Schutzvorschriften

- die Zunahme an Vorschriften im Vergaberecht
- die Unterbringung von Flüchtlingen (Flüchtlingshelfer, Case-Manager)
- die Einführung der offenen Ganztagschule, für die wir die Beiträge erheben, Zuwendungen abrechnen pp.
- das Mittagessen in Schule und Kindergarten, was von uns organisiert und abgerechnet werden muss,
- die Digitalisierung der Verwaltung und in der Schule
- im Kindergartenbereich die Betreuung für Kinder unter drei Jahren mit einem Anstieg der Erzieherinnen von 9 auf 28,
- Unmengen an Statistikaufgaben,
- den durch das neue kommunale Finanzwesen hinzugekommenen Mehraufwand – ich persönlich sehe durch das NKF für unsere Stadt keine Vorteile, die die enormen Mehrkosten rechtfertigen würden, auch hier mussten wir eine neue Stelle für die Buchhaltung schaffen
- die enormen Nachweispflichten bei Bauvorhaben,
- die Kontrollpflichten bei Bäumen, elektrischen Geräten, Leitern pp.
- u.v.m.

Wenn ich daran denke, wie einfach und leicht vor 30 Jahren Fördermaßnahmen abgewickelt werden konnten und im Vergleich dazu heute Lehrgänge besucht werden müssen, um allein die Zwischennachweise erstellen zu können und die Hinweise für die Erstellung eines pflichtigen Bauschildes 18 Seiten umfassen, kann ich nur feststellen, dass viele unserer Probleme hausgemacht sind. So kann es nicht weitergehen und ich kann die Landwirte, Ärzte und vielen anderen Berufsgruppen - was ihre Kritik an die überbordende

Bürokratie angeht - nur allzu gut verstehen. Uns Verwaltungen geht es ja genauso.

Ich bin fest davon überzeugt, dass uns mehr Pragmatismus und eine konstruktive Fehlerkultur, bei der Fehler als Teil eines Lernprozesses und Chance zur Verbesserung betrachtet werden und nicht als willkommener Grund zum Beanstanden und Verurteilen, sehr guttun würden. Und zu einer solchen Fehlerkultur können wir selber in unserem kleinen Bereich schon beitragen.

Wir legen Ihnen heute einen absoluten Sparhaushalt vor, der nur wenige Spielräume lässt.

Das heißt nicht, dass in unserer Stadt nichts passiert. Wir haben in den letzten Jahren schon vieles auf den Weg gebracht, was wir in diesem Jahr abarbeiten und weiterfinanzieren:

Ich nenne beispielhaft

- die Erschließung des Neubaugebietes in Vörden – hier sind die ersten von 29 möglichen Neubauten in diesem Jahr geplant. Erste Kaufverträge sind bereits unterzeichnet.
- Die Erschließung des neuen Baugebietes in Bredenborn, für das wir nun alle erforderlichen Grundstückskäufe getätigt haben.
- Die restliche Erschließung des Gewerbegebietes Vörden.
- Die Fertigstellung des Umkleidegebäudes und die Sanierung des Tennisplatzes in Kollerbeck.
- Die Fertigstellung des neuen Kunstrasenplatzes und den Start des Um- und Anbaus des Umkleidegebäudes in Bredenborn
- Der Anbau und die Sanierung des Feuerwehrgerätehauses in Vörden.
- Übernahme des Praxisgebäudes und Betrieb des kommunalen Medizinischen Versorgungszentrums.

Dieser Haushaltsplanentwurf sieht aber durchaus auch neue Projekte vor, die unserer Stadt guttun werden:

- Die Neuanlage eines Radweges zwischen der Abtei und Schwalenberg, mit einer erwarteten Förderung von 95 % der Kosten
- Anpassung des ISEKs an die neue Städtebauförderrichtlinie, wodurch wir in die Städtebauförderung aufgenommen werden und 60 % Förderung für öffentliche Projekte und 50 % für Investitionen im Privaten erwarten können.
- Beteiligung an einer Windkraftanlage, die künftig u.a. Geld für die betroffenen Ortschaften erwirtschaften soll.

Ein anderes für die weitere Entwicklung unserer Stadt wichtiges Thema liegt dagegen nun in der Hand der Bürgerinnen und Bürger selbst. Ob unsere Ortschaften flächendeckend mit Glasfaseranschlüssen bis in die Häuser versorgt werden und damit zukunftsfähig gemacht werden, hängt davon ab, ob sich genügend Hauseigentümer finden, die einen solchen Anschluss in Auftrag geben. Und da appelliere ich an Sie alle: gehen Sie auf Ihre Nachbarn, Freunde und Verwandte zu und werben Sie für die Sache. Gelingt der eigenwirtschaftliche Glasfaserausbau nicht, kann es für unsere Stadt sehr teuer werden.

Das Zahlenwerk zum Haushalt wird Ihnen nun unserer Kämmerer Kai Schöttler vorstellen. Ich bedanke mich bei ihm und allen Kolleginnen und Kollegen, die an der Erstellung des Zahlenwerks beteiligt waren.

Ich biete allen Fraktionen an, sie bei den Haushaltsplanberatungen zu unterstützen. Sprechen Sie die Termine bitte rechtzeitig mit mir bzw. Herrn Schöttler ab.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!